



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17 La/252 - 6.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Das Kabinett und der Bundeshaushalt 1955/56	S. 1
Die maritime Schwäche des Ostblocks	S. 3
Propaganda mit Bunkerbewohnern	S. 4
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Zauberstab - für faule Kompromisse

sp - Als der Bundeskanzler in den USA weilte, gerieten sich die "Zauberlehrlinge" - das Kabinett - so über den Haushaltsplan 1955/56 in die Haare, dass Vizekanzler Blücher den Eklat nur durch eine vorzeitige Vertagung der Kabinettsitzung vermeiden konnte. Der Kanzler kam zurück, wenige Tage später konnte ein Regierungssprecher verkünden: Die Einigung über den Bundeshaushalt im Kabinett ist erzielt.

Diese Einigung ist jedoch - und das ist die Zauberkunst des Kanzlers - mehr oder weniger ein fauler Kompromiß. Eine Eselsbrücke, die es den Rebellischen in der Koalition gestattet, sich ob ihrer erfüllten Forderung in die Brust zu werfen, obgleich in der Sache alles beim "Alten", im doppelten Sinne des Wortes, bleibt. Wie weit diese "Einigung" reicht, geht zudem noch aus den bissigen Bemerkungen des Bundesfinanzministers hervor, der erklärte, es stehe fest, dass der Plan noch nicht so weit ausgearbeitet sei, dass er schon dem Parlament zugeleitet werden könne. Auf die Frage, ob er, Schäffer, mit dem Ergebnis zufrieden sei, meinte der "Zauberbeselle des Kabinetts", das sei eine sehr subjektive Frage.

Es ist natürlich noch nicht möglich, zum gesamten Haushalt mit einem Volumen von 27,5 Mrd DM Stellung zu nehmen, da er noch nicht vorliegt. In zwei Punkten aber deutet sich bereits der faule Kompromiß an: Einmal in den bewilligten Ziffern für die Heimkehrerhilfe. Nach den Äußerungen des Regierungssprechers sollen für die letzten vier Monate des laufenden Haushaltsplanes 50 Mio DM bereitgestellt werden, für das kommende Haushaltsjahr sind 150 Mio DM bewilligt worden. Ein wenig befriedigendes Ergebnis, wenn man in Betracht zieht, wie gewaltig der Bundesvertriebeneminister vom Leder

gezogen hat. Ganz abgesehen davon, dass das Kabinett die Auszahlung dieser Gelder ungebührlich lange verzögert hat, reichen die eingesetzten Summen bei weitem nicht aus. Für das Jahr 1955 müssten nämlich mindestens 242 Mio DM bewilligt werden, um dem Willen des Gesetzgebers zu entsprechen. Der Gesamtaufwand des Gesetzes beträgt 968 Mio DM, die in fünf Jahren ausbezahlt werden sollen. Wenn man schon für 1955/56 nur 150 Mio vorsieht, dann kann man ungefähr ermessen, wie sehr man in Verzug geraten wird, wenn in den kommenden Haushaltsjahren tatsächlich die Milliardenbeträge für die Rüstung flüssig gemacht werden sollen. Verstimmt wird man auch durch die Nebenabsicht, die mit diesen ungenügenden Bewilligungen verfolgt wird, denn offensichtlich geht es der Regierung nicht darum, eine Ehrenschuld des ganzen Volkes für seine ehemaligen Kriegsgefangenen zu begleichen, sondern durch diese unzulängliche Regelung für die alten Soldaten neue zu küdern.

Noch unbefriedigender ist die Situation, soweit es den zweiten Teil des Heimkehrer-Gesetzes betrifft, denn alle Bestimmungen über Darlehens- und Beihilferregelungen bleiben auch weiterhin noch blockiert.

Nicht viel besser steht es mit der zweiten Summe, die im kommenden Haushaltsplan bereits genannt ist. Es handelt sich dabei um 60 Mio DM, verteilt auf zwei Jahre, mit denen zusätzlich Wohnungen für Sowjetzonenflüchtlinge gebaut und das Programm der Lageräumung beschleunigt werden soll. Ganz abgesehen davon, dass 30 Mio DM pro Jahr für ein solches Programm dem berühmten Tropfen auf den heißen Stein entsprechen, auch diese Summen verweist man dazu noch in den Ausserordentlichen Haushalt, d.h., diese Gelder müssen erst einmal auf dem Anleihewege beschafft werden. Wenn man bedenkt, wie sich die Anleihe-Politik der Bundesregierung bei einer Remilitarisierung gestalten wird, dann kann man schon heute sagen, dass das Programm für die Lageräumung und der Wohnungsbau für Sowjetzonenflüchtlinge hoffnungslos in den Hintergrund geraten werden.

Diese beiden Komplexe sind natürlich nur ein Bruchteil eines Haushaltes von 27,5 Mrd. DM. Wenn er in seiner Gesamtheit und ziffernmässig vorliegt, dann wird noch manches Wort heftiger Kritik gesprochen werden müssen.

Die maritime Schwäche des Ostblocks und die Peking-
Drohungen

Dr. R. - Im Zusammenhang mit dem kriegerischen Lärm, der um Formosa und die andern Inseln der Formosastraße entstanden ist, wurde auch die Stärke des maritimen Potentials der kommunistischen Großstaaten in die Debatte geworfen. Die Gefahr der Forcierung der 220 km breiten Formosastraße durch rotchinesische Angriffskräfte ist weitgehend durch die Anwesenheit der 7. US-Flotte paralytisiert. Dabei wurde das Moment des fast völligen Fehlens rotchinesischer Marinekräfte viel weniger berührt als die Existenz dieser Flotte; und doch ist die maritime Ohnmacht Pekings das Primäre, das alle Annahmen auf Befreiung Formosas in das Reich der Phantasie rückt. Die Bombardements von Eschunkenflotten an der Festlandküste vermitteln einen recht falschen Eindruck, denn mit Eschunken läßt sich Formosa nicht erobern. Der Sprung des roten Drachens auf die Insel soll zwar durch solche Berichte als Drohung an die Wand gemalt werden; wahrscheinlicher wird er dadurch nicht.

Man wurde, um die Notwendigkeit eines südostasiatischen Paktes zu unterstreichen, in letzter Zeit wiederholt auf das Anwachsen des maritimen Potentials der Sowjetunion hingewiesen. Die britische Admiralität berichtete von einem wahrscheinlichen Flottenbestand von 50 Kreuzern, 150 Zerstörern und 500 U-Booten in etwa drei Jahren. Der Gedanke, diese Flotte, oder auch nur Teile von ihr, zur Unterstützung Rotchinas aufs Spiel zu setzen, rechnet zu wenig mit der Unsicherheit und Vorsicht der Russen in allen maritimen Fragen. Nicht umsonst ging in Rußland das geflügelte Wort um: "Die See liebt den Russen nicht". Die russische und sowjetische Geschichte hat es bewiesen. Verzicht auf schwerste Kampfkraft und auf Flugzeugträger ist dafür ein Beispiel, dass offensive Pläne zur See der sowjetischen Marineleitung sehr fremd sind.

Auch die vorhandene Handelsflotte, Grundlage jedes militärischen Transportraums, verbietet weitgespannte maritime Überlegungen ohne dringende Not. Zwar hat die Sowjetunion in diesen Jahre den achten Platz unter den seefahrenden Nationen erreicht. Mit drei Mill. BRT verfügt sie über das Zweieinhalbfache der ehemaligen russischen Han-

delsflotte, aber die zwangsweise Aufteilung der Kriegs- und Handelsflotte auf nicht weniger als fünf Meere - Schwarzmeer, Ostsee, Arktik, Pazifik und Kaspisee - und die Buntscheckigkeit des Schiffsbestandes - Veteranen von 1867 sind noch darunter - sowie die längst nicht vollständig gelösten maritimen Organisationsprobleme verhindern jeden rationellen Einsatz. Bezeichnenderweise gibt es eine ozeanische Personenschiffahrt überhaupt nicht. Völlig unzureichend ist die Tankerflotte trotz aller Auslandsaufträge, weil die Binnenversorgung mit Treibstoff bei sehr langen Transportwegen auf dem Wasserweg erfolgt.

Eine solche Lage verhindert jede abenteuerliche Gefährdung des vorhandenen Kriegs- und Handelsschiffbestandes. Er ist das schwächste Element im sowjetischen Potential. Darum schrumpft auch die Prognose des amerikanischen Admirals Carney stark zusammen, die Sowjetunion werde erst nach vollendetem Aufbau ihrer Kriegs- und Handelsflotte die große Auseinandersetzung mit den USA beginnen. Wenn der Weltfrieden nur davon abhinge, könnte sich die Menschheit auf eine lange Reihe friedlicher Jahre einrichten. Der Kriegs- und Handelschiffbestand beider kommunistischen Großmächte verbietet einfach kategorisch den Beginn einer Seeoperation. Im sowjetischen Interesse kann es nicht liegen, wenn sich Mao Tse-tung in einen Seekrieg stürzt, der automatisch den Beistand der UdSSR auf Grund des Bündnisses auslösen müßte. Der bremsende Einfluß des Wissens um diese Zusammenhänge ist größer als die drohenden Reden aus Peking vermuten lassen.

+ + +

Ein sozialer Schandfleck

B.St. Das Bunkerproblem ist gewiß kein typisches Bonner Problem, aber was in diesen Tagen aus der Bundeshauptstadt bekannt geworden ist, kann sich morgen in jeder anderen westdeutschen Stadt wiederholen und ist symptomatisch für die in der Bundesrepublik betriebene mangelhafte Sozialpolitik, die Kehrseite des Wirtschaftswunders:

Dreißig Familien aus westdeutschen "Betonsärgen" will nach Aussagen Bonner Bunkerbewohner die Stadt Halle aufnehmen. Drei Bonner Familien haben bereits die Bundeshauptstadt via Osten verlassen,

weitere neun wollen angeblich in nächster Zeit nachfolgen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob diejenigen, die dem ostzonalen Ruf gefolgt sind oder ihm noch folgen wollen, nicht eines Tages - sofern es sich nicht um waschechte Kommunisten handelt - ihren Umzug bereuen werden, denn ohne Zweifel sind sie die Opfer eines Propagandamanövers geworden, und niemand weiß, wie lange man sie drüben die Rolle für Westdeutschland bestimmter sozialer Schaufensterpuppen weiterspielen läßt. Dennoch ist es beschämend, dass sich in der Bundesrepublik immer noch reale Ansatzpunkte für derartige - leider nur von den nicht Betroffenen sofort durchschaubare - plumpe Propagandatricks finden. Diese Tatsache sollte man nicht durch den Hinweis abschwächen, dass es den ostzonalen Machthabern angesichts der ungleich mißlicheren sozialen Verhältnisse in Ostdeutschland schlecht zu Gesicht steht, gegenüber Westdeutschland die Pose des sozialen Wohltäters einzunehmen.

Solange man in der Bundesrepublik den Kommunismus weiterhin vornehmlich durch antikommunistische Parolen zu bekämpfen versucht, statt ihm eine wahrhaft soziale Wirklichkeit entgegenzustellen, sollte man sich nicht wundern, dass sozial schwache Bevölkerungskreise hin und wieder auf die Lockrufe von drüben hören und den ostzonalen Vogelfängern auf den Leim gehen.

Wer will es insbesondere den Bunkerbewohnern, unter denen sich ein Großteil von Menschen befindet, der ohne eigenes Verschulden lange Zeit unter menschenunwürdigen Verhältnissen zu wohnen und zu leben gezwungen ist, vordenken, wenn sie Westdeutschland den Rücken kehren, in der Annahme, dass es ihnen in der Sowjetzone keinesfalls schlechter, sondern höchstens besser ergehen kann. Die Ersten, die ihre Bunkerbehausungen in Richtung Osten verließen, mögen Kommunisten oder wenigstens kommunistisch infizierte Elemente gewesen sein. Ob sie es schon immer waren, oder ob die Bunkeratmosphäre sie dazu worden ließ, ist in diesem Zusammenhang ohne Belang, entscheidend ist, dass das Bunkerproblem endlich als das erkannt wird, was es ist, ein sozialer Schandfleck, den es zu bereinigen gilt, sofern nicht morgen in anderen Städten der Bundesrepublik auch nichtkommunistische Bunkerbewohner von den ostzonalen Propagandamaschinerie erfaßt werden sollen.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler

Kommuniqué des Parteivorstandes

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am vergangenen Montag eine ausserordentliche Sitzung gemeinsam mit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion abgehalten hatte, trat am Freitag und Samstag zu der vorgesehenen ordentlichen Sitzung zusammen.

Der Vorstand sah keinen Anlass, über die von ihm und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bereits erklärte ablehnende Stellungnahme zu den Pariser Verträgen wegen ihrer Wirkung auf die Wiedervereinigung Deutschlands und die internationale Entspannung hinauszugehen.

Zur gegenwärtigen Krise in der Berner Regierungskoalition wurde festgestellt, dass sie auf folgende Ursachen zurückzuführen ist:

1. die mangelnde Zusammenarbeit des Bundeskanzlers mit dem Parlament,
2. die Vorleistungspolitik des Bundeskanzlers seit 1950,
3. die Leichtfertigkeit, mit der internationale Verhandlungen geführt und Vereinbarungen getroffen worden sind und die im Saarabkommen besonders krass in Erscheinung getreten ist, und die Unterschriftsleistung unter Abkommen, bei denen der eine Partner weisst, dass der andere ihm eine andere Deutung gibt als er selbst.

In der Sitzung am Freitag hatte Walter M e n z e l über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und über die Einsetzung eines Schiedsgerichts beim Parteivorstand für Parteiauschlussverfahren, Fritz F e i n e über die Bürositzung der Sozialistischen Internationale in Scarborough und Hertha G o t t h e l f über die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Königstein im Taunus, die sich mit den Problemen der weiblichen Jugend beschäftigte, berichtet. Über die kürzliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen in Hannover berichtete Max K u k i l und über die Marburger Tagung der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft Willy E i c h l e r. Der stellvertretende Parteivorsitzende Wilhelm M e l l i e s gab einen Bericht über eine Zusammenkunft der Vertreter sozialdemokratischer Landtagsfraktionen und über die politische Situation in Schleswig-Holstein nach der Neubildung der Landesregierung.

* * *